

Online Die aktuellen Kolumnen und alle kommentierenden Beiträge der vergangenen Tage auf einen Blick Abendblatt.de/meinung

LEITARTIKEL

Ein kluges, nüchternes Urteil

Warum Kachelmanns Freispruch kein Warnsignal für Frauen ist

IRENE JUNG

Es klingt ein bisschen wie Spaßverderben, wenn man sagt: Der Freispruch für Jörg Kachelmann war keine Überraschung und der Fall als solcher auch keine Besonderheit. Lassen wir doch der ganzen Pseudo-Promi-Aufregungs-Blase drum herum mal die Luft raus. Dann ist es ausgegangen wie in Tausenden anderen Vergewaltigungsfällen. Auch diesmal blieb das wirkliche Geschehen dem Gericht so unklar und diffus, dass eine Verurteilung nicht möglich war. Zwei Drittel der rund 7000 bis 7500 mutmaßlichen Vergewaltigungen, die pro Jahr angezeigt werden, kommen nicht einmal vor Gericht. Weil die Frage, wo sexuelle Einvernehmlichkeit aufhört und die Gewalt beginnt, oft in den Nebeln des häuslichen Beziehungslebens und der außerhäuslichen Abenteuer verborgen bleibt, und weil nur zwei Menschen die Antwort kennen. Wenn eine Vergewaltigung nicht auszuschließen, aber auch nicht eindeutig nachzuweisen ist, muss oft schon das Ermittlungsverfahren eingestellt werden. Das ist bitter für die Opfer. Eine Einsicht, die Frauen unter „mein sexistischer Alltag“ verbuchen könnten. Und die der Prozessausgang auf den ersten Blick bestätigt.

Neun Monate und 44 Verhandlungstage lang tobte eine beispiellose Gutachterschlacht. Zeuginnen gaben noch vor ihrer Aussage ausführliche, bezahlte Interviews. Staatsanwalt und Wahlverteidiger schraubten sich in eine Ehrgeizspirale. Externe Beobachter/innen überboten sich mit Ferndiagnosen. Der ungeheure mediale Radau stand im Widerspruch zu ungeheuer dünnen Fakten. Richter Michael Seidling hat das in seiner klugen, nüchternen Urteilsbegründung beschrieben. Er hat erklärt, dass Kachelmann wegen begründeter Zweifel an seiner Schuld freigesprochen werden muss, dass aber das Gericht auch nicht von seiner Unschuld überzeugt sei. Und dass beide – Beschuldigter und Nebenklägerin – aus diesem Medien-Mammutverfahren als Beschädigte herausgehen.

Aber der Freispruch mangels Beweisen eignet sich weder als Warnsignal für betroffene Frauen noch als Leidensbeispiel für beschuldigte Männer. Jede Frau, die das Trauma eines sexuellen Übergriffs erlebt, weiß, dass es nicht um Sex, sondern um brutale Macht ging. Sie darf sich das Recht, diese Gewalt anzuzeigen, nicht nehmen lassen. Recht ist leider auch im Rechtsstaat nicht gleich Gerechtigkeit. Aber mit jedem Verfahren blickt die Öffentlichkeit in jene Abgründe der Heimlichkeit, in der sexuelle Gewalt entsteht. Und in die sich auch Prominente verirren.

Seite 12 Prozess ohne Gewinner



Freispruch

Leserbriefe an die Redaktion

Immerhin ein Anfang

„Unterm Michel geht's jetzt um die Wurst“ Deutschlands erster öffentlicher Elektrogrill. 14 Minuten kosten einen Euro. Hamburger Abendblatt, 31. Mai

In Australien ist die Benutzung dieser Grills (dort als Gasgrill) sehr weit verbreitet, insbesondere auf den zahlreichen öffentlichen Grillplätzen. Die Reinigung wird auch nicht vom Benutzer erledigt, und die Benutzung ist kostenlos, ebenso wie Toiletten. Wenn das Grillen Geld kostet (dann nur auf Campingplätzen), sind es 20 australische Cent für etwa zehn Minuten. Da haben uns die Aussies viel voraus. Aber es ist immerhin ein Anfang. Meik Ziemer-Popp, per E-Mail

Unmoralisches Geschäft

„Tierschutz entzweit Regierung und Landwirte“ Niedersachsens Ministerpräsident wirbt für strengere Regeln. Hamburger Abendblatt, 31. Mai

Tierquälerei wie das Schnabelkürzen bei Puten und das Kastrieren von Ferkeln ohne Betäubung sind Fakten, und wenn der Landvolkpräsident Hilse mehr davon fordert, werden weitere ungeheuerliche Tierquälereien ans Tageslicht und in das Bewusstsein der Menschen gelangen. Und wenn das Emotionen der Menschen weckt, gut so. Die Massentierhaltung – von Hülse moderne Tierhaltung genannt – ist ein verwerfliches und unmoralisches Geschäft zugunsten weniger. Sie schadet den Tieren, der Umwelt, unserer Moral sowie der Gesundheit der Menschen. Sabine Gause, per E-Mail

Historische Verantwortung

„Kein Ankerplatz“ 400 Roma droht in Billbrook wieder die Abschiebung. Hamburger Abendblatt, 30. Mai

Die Reportage zeigt eindrucksvoll auf, wie verzweifelt die Situation vieler zu uns geflüchteter Roma-Familien ist. Hier geht es insbesondere um Leib und Leben der beiden Töchter, die von Verschleppung durch die Mädchenhändlermafia bedroht waren. So etwas muss Asylgrund sein. Deutschland hat wegen der Massenmorde an den Roma und Sinti während der Nazi-Diktatur eine besondere historische Verantwortung diesem Volk gegenüber. Verena Maefert, per E-Mail

Reformpädagogik

„Bildungsministerin Schavan sieht Ende der Hauptschule“ Haupt- und Realschule könnten zu einer Oberschule verbunden werden. Hamburger Abendblatt, 30. Mai

Nach der Energie- folgt die Bildungswende. Die CDU will bundesweit die Haupt- und Realschulen „abschalten“. Sachsen dient als Modell für die neue Fusionsschule. Bayern als PISA-Sieger ist kein Vorbild. Verständlich: Dreigliedrigkeit, Wissensbildung und Leistungspädagogik stören. Ministerin Schavan bevorzugt das reformpädagogische Konzept einer hedonistischen Einheitsschule. Christian Böhm, Uetersen

Heinzelmännchen zu Köln

„Gegen den Strom“ Pflichtverteidigung der Atomkraft. Hamburger Abendblatt, 27. Mai

Der Autor spricht darin viele wichtige Punkte an, die im Zuge eines Atomausstiegs bedacht und berücksichtigt werden müssen. Der Wettlauf um die Ausstiegsstermine kommt mir vor wie der Umgang mit den Heinzelmännchen zu Köln. Die Einführung der Kernkraft fand statt, weil sich Deutschland als Industrieland eine auf viele Ressourcen gestützte Energieversorgung schaffen wollte. Wenn man jetzt eine Stütze abreißen will, muss man dies überlegt tun und sich dafür auch die erforderliche Zeit nehmen. Günter Mohns, per E-Mail

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Weitere Briefe auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an briefe@abendblatt.de oder per Post an das Brieffach 2110, 20350 Hamburg

Millionen-Boni sind ethisch bedenklich

Studie über Spitzenverdiener Fünf Fragen an Klaus Gabriel

CHRISTOPH RIND

Hamburger Abendblatt: In Deutschland bekommen Topmanager, vor allem in der Auto- und Pharmabranche, wieder höhere Boni bezahlt. Sollten die ein schlechtes Gewissen dabei haben?

Dr. Klaus Gabriel: Nicht unbedingt. Wichtig ist, dass eine erträgliche Relation gewahrt bleibt zwischen dem, was Manager, und dem, was ihre Mitarbeiter verdienen. Bis in die 90er-Jahre hat ein Manager etwa das 30-Fache bekommen von dem, was seine Beschäftigten im Schnitt erhielten. Inzwischen sind wir beim 50- bis 300-Fachen. Das ist aus ethischer Sicht eine bedenkliche Entwicklung. Mit Verteilungsgerechtigkeit hat das nichts mehr zu tun.

Halten Sie Boni generell für ethisch bedenklich?

Gabriel: Nein, als Leistungsanreize halte ich Boni nicht für problematisch. Unethisch werden sie erst, wenn sie systemische Risiken befördern. Das ist der Fall, wenn ein Boni-Empfänger ungerechtfertigte Risiken eingeht, um höhere Boni zu bekommen.

Wenn in Krisenzeiten weniger ausgeschüttet wird, ist es doch nur gerecht, dass die Boni in Boomzeiten wieder steigen, oder?

Gabriel: Das Problem ist, dass Manager oft nicht in die Haftung für schlechtere Zeiten einbezogen werden. Am wichtigsten ist aber, wofür man Boni bekommt. In der Regel geht es um Größen wie Umsatz, Marktanteile oder den Gewinn. Besser wäre es, wenn man andere Leistungsanreize schaffen würde, zum Beispiel das Erreichen von Sicherheits- oder Umweltstandards, auch die Zufrie-



Dr. Klaus Gabriel, 44, Wirtschaftsethiker, Geschäftsführer von cric, der „Investoren-gemeinschaft zur Förderung ethischen Investments“

denheit der Mitarbeiter oder die Fluktuation. Wenn Beschäftigte ständig kommen und gehen, ist das kein gutes Zeichen für das Management.

Führt der Druck des Marktes nicht zu Boni-Zahlungen?

Gabriel: Nicht der Markt schafft die Vereinbarungen, sondern die Manager schaffen sie unter sich, etwa über Aufsichtsräte. Da sehe ich einen Fehler im System. Es gibt zwar einen gewissen Druck, der aber künstlich verstärkt wird, um gigantische Gehälter durchzusetzen. Keine Leistung der Welt kann einen zweistelligen Millionenbetrag im Jahr wert sein, wenn man vergleicht, wie anstrengende Jobs in Pflege oder Bildung entlohnt werden.

Sind Boni-Zahlungen eine moderne Metapher für Neid und soziale Unterschiede?

Gabriel: Die Größenordnungen kann man nicht mehr auf eine Neiddebatte schieben. Es geht darum, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Dagegen könnte der Staat Regularien einsetzen und die Einkommenssteuer massiv erhöhen. In den USA gab es bis in die 70er-Jahre Spitzensteuersätze von 90 Prozent. Auch bei uns wurden sehr hohe Einkommen früher höher besteuert.

Seite 6 Bonuszahlungen steigen wieder kräftig

PRESSESCHAU

Zum Kachelmann-Freispruch

Das ist kein Freispruch zweiter Klasse, sondern: Freispruch. Und dieser Freispruch war zwingend geboten. BERLINER ZEITUNG

Es kann keine Rede sein, dass das Urteil Männern einen Freifahrtschein zur Gewalttätigkeit gegeben hätte. So unbefriedigend es sein mag, Gerichte werden beim Bemühen, die Wahrheit zu finden, immer wieder an Grenzen stoßen. DIE WELT (BERLIN)

Vergewaltiger gehören bestraft, und zwar mit aller Härte. Allerdings muss man sie eindeutig überführen können, sonst landen Unschuldige im Knast. TZ (MÜNCHEN)

Ob Justiz, Medien, Angeklagter und mögliches Opfer – alle Seiten verlassen den Mannheimer Prozess beschädigt. MAIN-ECHO (ASCHAFFENBURG)

Zum deutschen Atomausstieg

International gesehen spielt Deutschland nun eine Pionierrolle. Als erste und bisher einzige wichtige Industrienation setzt das Land in so kurzer Zeit auf eine nuklearfreie Energieversorgung und unternimmt dazu einen Effort nationalen Zuschnitts, der viel kosten wird. NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

ZITAT DES TAGES

So einen Kapitän hat man anscheinend nicht mehr gefunden. Da hat man einen Berufsfremden angeheuert: einen Koch.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats von Bilfinger Berger, Bernhard Walter, am Dienstag auf der Hauptversammlung bei der Verabschiedung des Vorstandsvorsitzenden Herbert Bodner, der am 1. Juli vom ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch abgelöst wird

KOMMENTAR

Platini muss übernehmen

Die Fifa braucht Glasnost – und nicht vier weitere Jahre Blatter

PETER WENIG

Wer kann diesen Mann noch stoppen? Obwohl die Korruptionsvorgänge in seinem Verband inzwischen nur noch mit Mafia-Strukturen vergleichbar sind, wird Joseph Blatter an diesem Mittwoch in seinem Amt als Fifa-Präsident bestätigt werden. Der Schweizer bleibt mächtigster Fußballfunktionär der Welt – allen Bestechungsvorwürfen zum Trotz.

Dabei wäre ein Neuanfang überfällig. Gesucht wird ein unbescholtener Sanierer, der die Korruptionsfälle rückhaltlos untersucht und kriminelle Fifa-Mitglieder der in Wirklichkeit zuständigen Behörde überstellt: der Strafjustiz. Ein Aufklärer, der es wagt, die an Katar vergebene WM 2022 neu auszuschreiben, sollte sich erhärten,

dass sich der Wüstenstaat dieses Turnier erkauft hat.

Doch wer kann für Glasnost in dem Verband der Trickser und Vetscher sorgen? Eigentlich nur ein Mann: Michel Platini. Der ehemalige Weltklassefußballer genießt hohes Ansehen, will aber lieber Präsident des europäischen Verbandes Uefa bleiben. Jetzt müssen die, die es noch gut mit dem Fußball meinen, versuchen, Platini zu überzeugen, und dann – auch über öffentlichen Druck – Blatter stürzen. Pelé, der beste Fußballer aller Zeiten, hat diese Wahlempfehlung bereits ausgesprochen. Gut so. Denn weitere vier Jahre mit Blatter als Symbolfigur für Missmanagement und Korruption darf es nicht geben.

Seite 21 Blatters wunderbare Welt des Fußballs

DEBATTE

Energienetze gehören in Bürgerhand

Kein Schmusekurs mit Atomkonzernen – Hamburg muss die Mehrheit an Strom-, Fernwärme- und Gasnetz erwerben

JENS KERSTAN

Vor Fukushima war Deutschland ein Paradies für Energiekonzerne: Mit längst abgeschriebenen Atommeilern, Kohleschlotten und alten Leitungen verdienten sie Milliarden. Seit dem Atom-GAU in Japan hat sich der Wind gedreht: Eine große Mehrheit der Menschen will den schnellen Atomausstieg, die Energiewende – und eine stärkere Einmischung der Politik.

In Hamburg bestimmen Vattenfall und E.on die Energiepolitik und schöpfen riesige Gewinne ab. Jetzt haben wir die Chance, die Atomkonzerne vom Spielfeld zu schicken und die Energiepolitik wieder in die Hand der Stadt zu nehmen – demokratisch kontrolliert und dem Gemeinwohl verpflichtet. Dazu muss Hamburg die Netze für Strom, Gas und Fernwärme von E.on und Vattenfall mehrheitlich übernehmen.

Nur so bekommt die Stadt echten Einfluss und kann den Klimaschutz und die Energiewende konkret in Hamburg vorantreiben. Eine repräsentative Pse-

phos-Umfrage vom Februar 2011 hat ergeben, dass 65 Prozent der Bürger an der Elbe einen Rückkauf der Netze wollen. Dieses Signal muss die Politik ernst nehmen.

Der Basta-Politiker Olaf Scholz hat sich festgelegt. Er will der Genosse der Atombosse sein und nur einen 25,1-Prozent-Anteil der Netze kaufen. Das wäre nichts als eine teure Beruhigungsspielle. Gutachten und Experten stützen die Einschätzung. Mit einem Viertel der Anteile säße die Stadt über Jahrzehnte am Katzentisch, die Partnerschaft mit dem Atomriesen wäre zementiert. Erst 2034 wären die Verträge über die Netze erneut kündbar.

Es ist unverständlich, warum der Senat auf Schmusekurs ist mit den Kohle- und Atomriesen. Und es ist gegen den Trend: Von den deutschen Großstädten überlässt nur noch Berlin den Konzernen das Feld.

Dresden hat seine Netze komplett zurückgekauft, in Stuttgart holen gerade alle Parteien gemeinsam die Netze zurück in Bürgerhand. Die meisten



Jens Kerstan, 45, ist energiepolitischer Sprecher und Vorsitzender der GAL-Bürgerschaftsfraktion Foto: Fabricius

Kommunen haben ihre Netze nie privatisiert und fahren damit gut: In München zum Beispiel fließen jährlich Millionen in den Stadthaushalt. Das Geld der Hamburgerinnen und Hamburger fließt nach Schweden und an die E.on-Aktionäre.

Die SPD sagt, Hamburg könne sich einen Rückkauf der Netze nicht leisten. Das ist falsch: Hamburg Wasser als städtisches Unternehmen könnte die Finanzierung stemmen – ohne einen Cent aus Steuergeldern. Die Regulierungsbehörde garantiert den Netzbetreibern Renditen von sieben Prozent, daraus wären Zinsen und Tilgung zu bezahlen. Die Stadt würde wieder eigenes Vermö-

gen aufbauen und könnte mit den Einnahmen eine eigene Energie- und Klimaschutzpolitik machen.

Bei der Fernwärme bekäme die Stadt nicht nur das Netz, sondern auch die zwei Kraftwerke Wedel und Tiefstack zurück. Wedel könnte man durch ein hocheffizientes Gaskraftwerk ersetzen und mittelfristig auch Wärme aus erneuerbaren Energien einspeisen.

Wir könnten so verhindern, dass der Klimakiller Kohle Hamburgs Haushalte heizt. Auch in Moorburg müsste dann weniger Kohle verfeuert werden, und die umstrittene Trasse durch Altona zum Kraftwerk Moorburg wäre überflüssig. Nur so kann Hamburg den Ausstoß von CO₂ spürbar senken und seine Klimaschutzziele einhalten.

Der Verkauf der HEW an Vattenfall Ende der 1990er-Jahre war ein Fehler. Das bestreitet inzwischen fast niemand mehr. Anders als bei den Telefonpreisen ging es mit dem Strompreis stetig bergauf. Hamburg kann diesen Fehler heilen. Vattenfall wäre nicht amüsiert,

wenn die Stadt die Netze übernimmt. Deshalb schaltet der schwedische Konzern gerade viele bunte Anzeigen in Zeitungen und Bahnen und gibt sich verlässlich. Als Betreiber des Pann-AKW Krümmel aber hat der Konzern viel Vertrauen verspielt.

Für mich steht fest: Die Stadt muss den Konzernen die Netze wegnehmen und eine klare Mehrheit erwerben. Weil es lohnt: für den Klimaschutz, für die Verbraucher und für die Stadtkasse. Wenn die SPD das nicht will, heißt das noch lange nicht, dass dies nicht geht: Wir Bürgerinnen und Bürger können den Bürgermeister zum Kurswechsel zwingen. Beim Volksbegehren der Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ kann jeder Hamburger vom 2. bis zum 22. Juni den Rückkauf der Netze fordern. 63 000 Unterschriften braucht es, dann käme es zu einem Volksentscheid.

Die Chance, den Atomkonzernen die Rote Karte zu zeigen, bietet sich erst in 20 Jahren wieder. Hamburg muss sie nutzen. Jetzt.